

Entwicklung der Bürokratiekosten im Zuge der deutschen Energiewende

Max GRIEF, Andreas SEELIGER¹

SWK E² Institut für Energietechnik und Energiemanagement der Hochschule Niederrhein, Krefeld

Motivation und zentrale Fragestellung

Die Energiewirtschaft gehört zu den am intensivsten regulierten Wirtschaftsbereichen. Entsprechend hoch fallen auch die Belastungen mit branchenspezifischen Bürokratiekosten aus, wie mehrere Studien für das Bundeswirtschaftsministerium im Jahr 2010 gezeigt haben. Bedingt durch die zahlreichen neuen Gesetze in Folge der Energiewende ab 2011 ist ein weiterer Anstieg der Bürokratiekosten zu erwarten. Im Rahmen dieses Beitrags wird die genaue Belastungshöhe ermittelt und die Kosten verschiedenen Teilbereichen der Branche (bspw. nach Energieträger oder Wertschöpfungsbereich) zugeordnet. Abschließend werden ausgewählte Kostentreiber vorgestellt sowie Kostensenkungspotenziale diskutiert.

Methodische Vorgangsweise

In einer Datenbank des Statistischen Bundesamts sind sämtliche in Gesetzen und Verordnungen aufgeführten Bürokratiekosten hinterlegt und mit dem sogenannten Standardkosten-Modell (SKM) monetär bewertet. Insgesamt sind in der Datenbank aktuell (Stand September 2018) rund 19.000 Informationspflichten und sonstige Vorgaben enthalten.

Bevor die branchenspezifischen Bürokratiekosten aus der Gesamtmenge herausgefiltert werden können, muss der Energiesektor entsprechend abgegrenzt werden. Um eine Vergleichbarkeit herzustellen bzw. die Entwicklung über die Zeit zu beurteilen, erfolgt die Abgrenzung im Wesentlichen wie in den Studien aus 2010. Hierbei sind neben den explizit im Energiewirtschaftsgesetz adressierten Bereichen Elektrizität und Erdgas auch noch die Energieträger Mineralöl und Kohle sowie der Emissionshandel enthalten.

Nach Eliminierung aller für die Energiebranche nicht relevanten Vorgaben sowie solchen, die zwar für die Energiewirtschaft aber auch für andere Sektoren gelten, verbleiben schließlich 1.264 branchenspezifische Informationspflichten aus 99 Gesetzen und Verordnungen.

Ergebnisse und Schlussfolgerungen

Die branchenspezifischen Bürokratiekosten sind seit 2010 deutlich gestiegen und stehen damit im Kontrast zum allgemeinen Trend. Aufgrund diverser Kostensenkungsmaßnahmen ist die Summe der Bürokratiekosten in Deutschland leicht rückläufig, während die der Energiebranche sich mehr als verdreifacht haben: von ca. 500 Mio. auf 1,6 Mrd. Euro pro Jahr.

Von den Bürokratiekosten sind nicht alle Teilsektoren gleichmäßig betroffen. Wie in **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** verdeutlicht, ist der Elektrizitätsbereich mit deutlichem Abstand am höchsten belastet. Während bei der Anzahl der Gesetze und Verordnungen etwas mehr als die Hälfte ausschließlich die Elektrizität betrifft, sind dies bei der Anzahl der Informationspflichten bereits rund Zweidrittel. In der wichtigsten Kategorie, den tatsächlichen Bürokratiekosten, sind sogar mehr als Dreiviertel für die Elektrizitätswirtschaft von Relevanz.

¹ Max Grief, B.Sc. („Jungautor“); Prof. Dr. Andreas Seeliger, SWK E² Institut für Energietechnik und Energiemanagement der Hochschule Niederrhein, Reinarzstr. 49, 47805 Krefeld, +49(0)2151/8226664, andreas.seeliger@hs-niederrhein.de, <https://web.hs-niederrhein.de/wirtschaftsingenieurwesen/wir-als-fachbereich/#c7072>

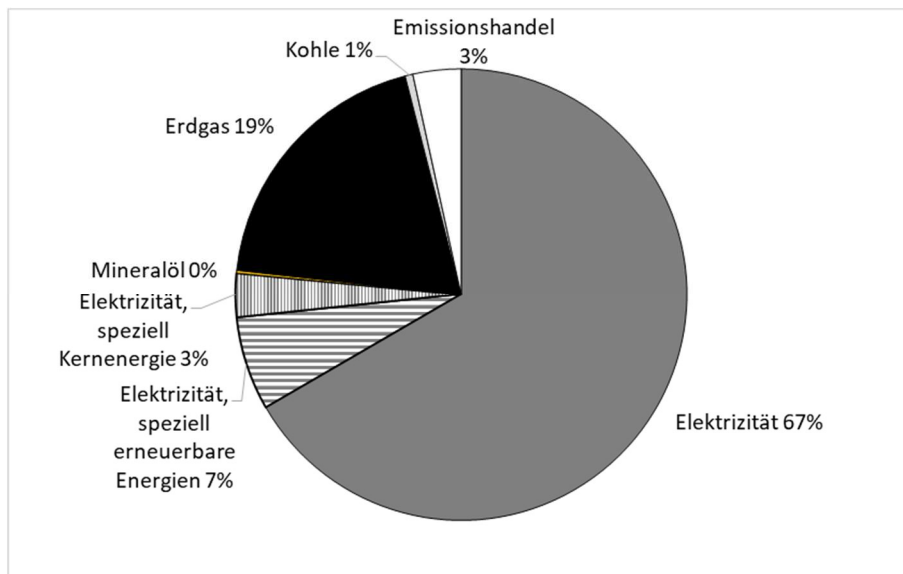


Abbildung 1: Anteil Bürokratiekosten je Teilssektor

Mit Bezug auf die Wertschöpfungskette wird ein großer Teil der Bürokratiekosten in den Bereichen Energiesteuern, Netz und Vertrieb generiert.

Die neuen Gesetze des Energiewendepakets haben maßgeblich zu dem Anstieg beigetragen. Zwar gibt es das kostenintensivste Gesetz, das Stromsteuergesetz, bereits deutlich länger als die Energiewende, allerdings entfallen fast 500 Mio. Euro auf eine dort neu eingeführte Informationspflicht (Weiterentwicklung und laufender Betrieb von Energiemanagementsystemen). Bei dieser ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Unternehmen, die ein entsprechendes System einführen, auch umfangreiche Steuervergünstigungen erhalten, welche die Bürokratiekosten zum Teil refinanzieren dürften.

Ungeachtet dessen sollte der Gesetzgeber trotz der vielfältigen Umwälzungsprozesse im Energiebereich weiterhin versuchen, Kostendämpfungsideen zu entwickeln und umzusetzen.

Literatur

- [1] Bundesregierung (2018): Arbeitsprogramm bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau. Berlin
- [2] Frontier Economics, IWP, AWV (2010): Möglichkeiten und Grenzen einer Verbesserung der Wettbewerbssituation der Energiewirtschaft durch Abbau von branchenspezifischen Kosten aus Informationspflichten. Berlin
- [3] Seeliger, A. (2018): Energiepolitik – Eine Einführung in die volkswirtschaftlichen Grundlagen. München